

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
WOCHENBERICHT 6/81

Berlin

5. Februar 1981

48. Jahrgang

*Di. J. J. J.***Abschwächung der Wachstumsimpulse**  
**Strukturberichterstattung des DIW 1980**

*1977 hat die Bundesregierung die fünf großen unabhängigen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute beauftragt, einen Bericht über den strukturellen Wandel der Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland zu erarbeiten.*

*1979 wurden erste Zwischenberichte vorgelegt. Ende 1980 haben die Institute ihren jeweiligen Strukturbericht abgeschlossen und dem Auftraggeber überreicht. Über wichtige Ergebnisse informieren die nachfolgend wiedergegebenen Thesen zum Strukturwandel, die den Abschluß dieses ersten Strukturberichts des DIW darstellen. Der Strukturbericht selber wird in den Beiträgen zur Strukturforschung, Heft 61, erscheinen.*

**Vorbemerkung**

Strukturwandel tritt in vielfältiger Form auf und ist nicht monokausal zu erklären. Vor diesem Hintergrund ist es wenig sinnvoll, die Vielfalt der im Strukturbericht beschriebenen Erscheinungen durch eine Zusammenfassung zu verkürzen. Statt dessen sollen im folgenden einige Thesen zum Strukturwandel vorgelegt werden, die als Leitlinien zum Verständnis dieses Strukturberichts dienen können. Sie erheben weder Anspruch, alle Themen des Berichts anzusprechen, noch den Anspruch, in vollem Umfang schon in diesem Bericht geklärt worden zu sein.

**Strukturwandel**

1. Zahlreiche Indikatoren deuten darauf hin, daß sowohl in den sechziger als auch in den siebziger Jahren ein erheblicher Strukturwandel stattgefunden hat. Auch wenn einige Entwicklungen in den siebziger Jahren akzentuierter verlaufen sind, hat es kaum grundsätzlich neue Bestimmungsfaktoren des

Strukturwandels gegeben. Geändert haben sich allerdings die Konstellation dieser Faktoren und die Anpassungsreaktionen der Wirtschaft. Dies hatte Rückwirkungen auf die Wachstumsbedingungen.

**Exogene Bestimmungsfaktoren**

2. Wichtige, politisch nur bedingt beeinflussbare Bestimmungsfaktoren des Strukturwandels lagen im Außenhandel, in der technologischen Entwicklung und bei der Bevölkerung.

Die fortschreitende technologische Entwicklung und die internationale Arbeitsteilung haben für die Bundesrepublik Deutschland Produktivitätsimpulse ausgelöst. Per Saldo sind die positiven Beschäftigungseffekte des Außenhandels deswegen im Zeitverlauf kleiner geworden. In den sechziger Jahren wurden diese für sich genommen beschäftigungsmindernden Tendenzen durch das starke Wachstum überspielt, so daß bei abnehmendem inländischen Erwerbspotential eine zunehmende Zahl ausländischer Arbeitskräfte beschäftigt werden

konnte. Dagegen wurde in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre das 1974/75 entstandene Beschäftigungsproblem durch die Zunahme des Erwerbspersonenpotentials vergrößert. Damit wirkten alle drei Faktoren – Technologie, internationale Arbeitsteilung und Erwerbspersonenpotential – in dieselbe Richtung.

### **Wachstumsimpulse**

3. Zur Kompensation der vom Strukturwandel ausgelösten Beschäftigungseffekte sind zusätzliche Wachstumsimpulse erforderlich. Diese waren in den siebziger Jahren nur noch in begrenztem Maße vorhanden.

### **Außenwirtschaft**

4. Die Einbindung der deutschen Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft hat sich sowohl in den sechziger als auch in den siebziger Jahren verstärkt, seit dem weltweiten Konjunkturerinbruch 1974/75 allerdings nicht mehr in dem bisherigen Tempo. Berücksichtigt man die gesamte durch die Ausfuhr (direkt und indirekt) veranlaßte Produktion, so hat die Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft von 16 vH im Jahre 1962 auf 23 vH im Jahre 1976 zugenommen. Gesamtexportquoten von mehr als 40 vH hatten im Jahre 1962 zwei, im Jahre 1972 vier und im Jahre 1976 neun Wirtschaftszweige aufzuweisen.

5. Zerlegt man die Entwicklung der deutschen Exporte in eine Struktur- und in eine Wettbewerbskomponente, so sind die sechziger Jahre im wesentlichen durch eine positive Strukturkomponente zu kennzeichnen. Die siebziger Jahre waren geprägt von einer überwiegend konjunkturell bedingten negativen Wettbewerbskomponente. Gegen Ende der siebziger Jahre hat sich die Wettbewerbsposition der Ausfuhr wieder wesentlich verbessert. Wettbewerbsvorteile hat noch immer der Export von Maschinenbauerzeugnissen, Textilien, chemischen Erzeugnissen und NE-Metall. In einigen Warengruppen, die überdies quantitativ stark ins Gewicht fallen, war freilich die Wettbewerbskomponente rückläufig. Hierzu zählen Straßenfahrzeuge, elektrotechnische Erzeugnisse, Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräte, feinmechanische und optische Erzeugnisse.

6. Analysiert man, welche Produktionsfaktoren für den deutschen Export in Anspruch genommen werden, so dominiert nach wie vor der Faktor Arbeit. Freilich zeigt sich eine deutliche Verschiebung zu höherwertiger Arbeit, d. h. in Richtung des human-capital. Forschung und Entwicklung spielen für die deutsche Ausfuhr eine zunehmende Rolle.

7. Die Importzuwächse sind zu einem wesentlichen Teil hochwertigen Industrieprodukten zuzuordnen. So haben überdurchschnittlich und auch wesentlich stär-

ker als die entsprechenden Exporte die Importe von Straßenfahrzeugen, elektrotechnischen Erzeugnissen, Bekleidung und chemischen Erzeugnissen zugenommen. Unterdurchschnittlich haben sich die Importe von Eisen und Stahl, aber auch von Maschinenbauerzeugnissen, Textilien und NE-Metall entwickelt.

8. Vergleicht man die Entwicklung in den sechziger und in den siebziger Jahren, so sind die Importe in der zuerst genannten Gruppe in den siebziger Jahren weiter überdurchschnittlich gestiegen. Auch auf der Importseite gibt es somit Indikatoren für die Verschärfung des Wettbewerbs. Freilich soll man die Wettbewerbsproblematik bei der Erklärung des Imports nicht überschätzen. Lediglich im verbrauchsgüterproduzierenden Gewerbe sind die Preiselastizitäten größer als die Nachfrageelastizität. Letztlich war damit die Entwicklung der inländischen Produktion entscheidend für die Importentwicklung.

### **Entwicklungsländer**

9. Besondere Beachtung findet in der öffentlichen Diskussion der Handel mit Entwicklungsländern. Während sich die Position der Entwicklungsländer in den sechziger Jahren tendenziell verschlechterte, hat sie sich zumindest vor dem Hintergrund gestiegener Rohstoffpreise wieder verbessert. Profitiert haben davon freilich in erster Linie die erdölexportierenden Länder. Der Handel mit den Entwicklungsländern ist eine wesentliche Stütze des deutschen Exports, insbesondere bei hochwertigen Industrieprodukten. Knapp ein Viertel des Warenexports geht in die Entwicklungsländer. Auf der Importseite gibt es zwei Schwerpunkte: Einmal die Rohstoffeinfuhr, an der auch rückständige Entwicklungsländer partizipieren. Demgegenüber konzentriert sich die Fertigwareneinfuhr, die in Konkurrenz auch mit der deutschen Industrie steht, auf wenige Schwellenländer.

10. Die Beschäftigungseffekte des Handels mit Entwicklungsländern werden in der Regel überschätzt. Analysiert man die deutschen Importe von Halb- und Fertigwaren aus Entwicklungsländern, so entsprachen sie 1962 0,8 vH der Beschäftigung, 1972 1,1 vH und 1976 1,5 vH. Allerdings sind diese Beschäftigungswirkungen stark konzentriert, insbesondere auf das Bekleidungs- und Ledergewerbe. Es läßt sich zeigen, daß mehr als 90 vH der durch Importe freigesetzten Arbeitskräfte wieder in der Exportproduktion für Entwicklungsländer benötigt werden. Ohne Zweifel geht vom Handel mit Entwicklungsländern ein Druck auf Strukturanpassung aus.

### **Technologische Entwicklung**

11. Die technologische Entwicklung hat sich einerseits in einer nach wie vor hohen Zunahme der Arbeitsproduktivität, andererseits in einer Reduzie-

ung des Mehrbedarfs an Investitionen pro Produkt-einheit an zahlreichen Stellen niedergeschlagen.

12. Betrachtet man die Unternehmen ohne Wohnungsvermietung, so haben seit Beginn der sechziger Jahre sektorale Strukturwandlungen die Arbeitsproduktivität positiv beeinflusst. Demgegenüber sind von Veränderungen der Altersstruktur des Anlagevermögens zunehmend negative Einflüsse auf das Produktivitätspotential ausgegangen, mit anderen Worten: Die Arbeitsproduktivität wäre noch stärker gestiegen, wenn sich die Altersstruktur des Anlagevermögens nicht verschlechtert hätte. Die Zunahme der Arbeitsproduktivität kann teilweise auch durch die Zunahme des Qualifikationsniveaus der Arbeitskräfte erklärt werden.

13. Der Anstieg des Kapitalkoeffizienten in den sechziger Jahren hat sich in den siebziger Jahren abgeschwächt. In einigen Branchen nimmt der marginale Kapitalkoeffizient seit längerer Zeit sogar ab. Für eine bestimmte Vergrößerung des Produktionspotentials sind dort im Zeitablauf abnehmende Investitionen notwendig. Dies wird insbesondere durch die Entwicklung neuer Produktionstechniken, z. B. durch die Einführung der Mikroelektronik, gefördert. Diese Effekte werden nur teilweise durch Faktoren kompensiert, die in die andere Richtung wirken; dazu gehören Umweltschutz, Humanisierung der Arbeitsplätze und Energiesparmaßnahmen. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Energiesparmaßnahmen im Beobachtungszeitraum von relativ untergeordneter Bedeutung waren. In Zukunft könnten sich hier Verschiebungen ergeben.

14. Bei gegebener Endnachfrage reduziert sich damit die Investitionsnachfrage im Zeitablauf.

### Investitionen

15. Die Kapitalintensität von Investitionen in neue Anlagen ist mehr als eineinhalbmal so hoch wie die des Anlagebestandes. Vor diesem Hintergrund ist erklärlich, daß das Verhältnis von Lohn- und Kapitalkosten bei allen empirischen Überprüfungen von Bestimmungsfaktoren für Investitionen eine vergleichsweise geringe Rolle spielt. Insofern kann auf den Ausgleichsmechanismus über die relativen Faktorpreise nur begrenzt gesetzt werden.

16. Ein reduzierter Investitionsbedarf pro Produkt-einheit führt zu einem Nachfrageausfall bei den Investitionen. In diesem Fall ist eine dauerhafte Ausweitung der Investitionen daher nur bei ausreichenden Absatzerwartungen möglich. Die Erfolgsmöglichkeiten einer Politik der Lohnzurückhaltung werden in diesem Zusammenhang meist überschätzt. Es ist nicht zu erwarten, daß eine derartige Politik Investitionen auslöst, vielmehr muß damit gerechnet werden, daß dadurch Investitionen unterlassen werden, die

gerade unter Wachstumsgesichtspunkten dringend nötig wären.

17. Zu den Determinanten der Investitionen zählt sicher auch die erzielbare Rendite. Diese hat sich im Gesamtverlauf der sechziger und siebziger Jahre nicht wesentlich verändert. Allerdings ist es zweimal, nämlich 1967/68 und 1974 bis 1977, zu Einbrüchen gekommen. Es ist nicht auszuschließen, daß insbesondere die im Vergleich zur ersten Rezession längere Absenkung der Rendite im zuletzt genannten Zeitraum zur Investitionsschwäche dieser Jahre beigetragen hat. Seit 1978 hat die Rendite inzwischen wieder ein Niveau erreicht, das dem zu Beginn der siebziger Jahre entspricht.

18. In den sechziger Jahren trug die private Investition zu einem wesentlichen Teil den Wachstumsprozeß. Die Investitionsschwäche in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hat zu einer Veralterung des Anlagebestandes und damit verbunden zu Wachstumseinbußen geführt.

### Bevölkerung

19. Die demographische Entwicklung hat bis zur Mitte der siebziger Jahre zur Abfederung der Konsequenzen des Strukturwandels in der Beschäftigung beigetragen. Seit 1976 verschärfen die auf den Arbeitsmarkt drängenden zusätzlichen Erwerbspersonen die Beschäftigungsprobleme des Strukturwandels.

20. Nennenswerte Einflüsse der demographischen Entwicklung auf das Niveau des privaten Verbrauchs lassen sich bisher nicht nachweisen, auch wenn es innerhalb des Aggregats demographiebedingt zu Verschiebungen gekommen ist.

### Verminderung der Wachstumsimpulse

21. Die Anpassung an den Strukturwandel ist bis zur Mitte der siebziger Jahre durch eine Anzahl von Wachstumsimpulsen erleichtert worden, die sich danach vermindert haben:

- Die generelle Zunahme staatlicher Aktivitäten, die sowohl die Inanspruchnahme eines höheren Teils des Sozialprodukts durch den Staat, d. h. zusätzliche Nachfrage, als auch zusätzliche Beschäftigung beim Staat bedeutete.
- Die Ausweitung und Modernisierung des Produktionspotentials und
- der Wohnungsbau gaben weitere wichtige Impulse, die in der Mitte der siebziger Jahre abflachten.

22. Ein tragender Wachstumsimpuls der ausgehenden sechziger und der ersten Hälfte der siebziger Jahre war die Expansion staatlicher Aktivitäten, die darin begründet war, daß sich mit steigendem Wohl-

stand die Nachfragestruktur der Bevölkerung zugunsten staatlicher Leistungen verschob. Diese These wird sowohl durch das Ergebnis entsprechender Repräsentativerhebungen als auch durch die jeweiligen Wahlergebnisse gestützt.

23. Im Zusammenhang mit der Rezession 1974/75 entstand eine erhebliche Finanzierungslücke im Staatshaushalt. Gewollt an dieser Entwicklung waren sicherlich nur die Entlastung der privaten Haushalte durch die Kindergeldreform sowie die geringfügigen Wirkungen der damaligen Steuerreform. Der weitaus überwiegende Teil der Finanzierungslücke war konjunkturell bedingt. Zwar sind auch infolge dieser Finanzierungslücke die Ausgabenzuwächse abgeflacht, dennoch ist es mehr als zweifelhaft, ob hieraus auf eine Änderung der normativen Vorstellungen der Bürger über den Umfang der Staatstätigkeit geschlossen werden kann.

24. Die Rezession 1974/75 ist zu einem großen Teil von der Wirtschaftspolitik verursacht worden. Besondere Verantwortung trägt hier die Geldpolitik, aber auch Finanz- und Lohnpolitik sind zu erwähnen.

25. Die Expansion staatlicher Ausgaben ist in einer Weise erfolgt, die auch auf mittlere Sicht die Abschwächung von Wachstumsimpulsen zur Folge haben mußte: Die investiven Ausgaben haben anteilmäßig abgenommen. Die Belastung der Staatshaushalte mit weitgehend festgeschriebenen laufenden Ausgaben hat auch das Entwicklungspotential für künftige investive Ausgaben eingeschränkt. Wachstumsimpulse gehen aber gerade von derartigen Investitionen aus, wobei der Investitionsbegriff an dieser Stelle relativ weit gefaßt werden kann. So kann man Investitionen in human-capital berücksichtigen. Die hiervon ausgehenden Wachstumsimpulse wirken sich allerdings erst sehr langfristig aus.

### **Staat und Strukturwandel**

26. Der Staat nimmt in vielfältiger Weise Einfluß auf den Strukturwandel: Nicht intendierte Nebenwirkungen gehen von Käufen des Staates zur Erstellung des öffentlichen Leistungsangebots, aber auch von der Wirtschaftspolitik (Finanz-, Geld-, Verteilungspolitik) aus. Strukturpolitische Eingriffe zielen unmittelbar auf Tempo und Richtung des Strukturwandels.

27. Daraus ergibt sich eine Reihe von Zielkonflikten, wenn staatliche Investitionen nur die Funktion eines konjunkturpolitischen Lückenbüßers haben. Unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten hat sich die Auftragsvergabe für öffentliche Baumaßnahmen häufig als Fehlschlag erwiesen. So sind in der Rezession von 1974/75 Baukapazitäten abgebaut worden, die später wieder benötigt worden wären.

28. Das Zukunftsinvestitionsprogramm sollte dem Rückgang staatlicher Investitionen entgegenwirken.

Es erschloß neue Wachstumsfelder mit zusätzlichen staatlichen und privaten Investitionen. Die in den Jahren 1978 bis 1980 erreichten Zuwächse der Beschäftigung gehen auch auf dieses Programm zurück, das ein Schritt in die richtige Richtung war. Da die mit dem Programm eingeschlagene Strategie leider nicht fortgesetzt worden ist, zeichnet sich bei den investiven Ausgaben des Staates ein Rückgang ab, der die erreichten Beschäftigungserfolge zu einem Teil wieder zunichte machen dürfte. Überdies hätten die Wachstumsimpulse des Zukunftsinvestitionsprogramms größer sein können, wenn dieses Programm breiter gestreut und besser auf die vorhandenen Kapazitäten abgestimmt worden wäre. So ist ein Teil der Wirkungen des Programms in Preissteigerungen verpufft.

### **Wohnungspolitik**

29. Interventionen im Wohnungssektor sind versorgungs- und verteilungspolitisch nur zu begründen, wenn sie auf eine Vergrößerung des Angebots in denjenigen Bereichen zielen, in denen immer noch große Versorgungsdefizite vorhanden sind. Dies gilt z. B. für hinreichend große Mietwohnungen für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen vor allem in Ballungsgebieten. Die öffentlich geförderte Umwandlung von Altbaumietwohnungen in Eigentumswohnungen entzieht sogar dem Mietwohnungsmarkt einen Teil des Angebots solcher Mietwohnungen.

30. Wohnungspolitik muß auch immer Städtebau-, Umwelt- und Energiepolitik sein. Gerade aus diesem Gesamtbereich können wesentliche Wachstumsimpulse für die Volkswirtschaft abgeleitet werden. Es ist daher dringend notwendig, eine Politik zur Entwicklung derartiger Wachstumsimpulse zu fördern.

31. Eine solche integrierte Politik sollte verstetigend angelegt sein, um sicherzustellen, daß die entsprechenden Kapazitäten aufgebaut und vorgehalten werden.

### **Energiepolitik**

32. Die Energieversorgung ist einerseits eine wichtige Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft, andererseits vermag sie wichtige Wachstumsimpulse zu geben, die durch den Zwang zur Substitution von Mineralöl verstärkt werden. Selbst wenn es gelingt, einen Teil des Mineralöls durch andere Energieträger zu substituieren, wird jedoch mittelfristig eine erhebliche Importabhängigkeit auf diesem Gebiet bestehen bleiben. Um so dringlicher ist es, die vorhandenen Energieeinsparpotentiale in Anspruch zu nehmen und zu vergrößern. Der größte erwähnenswerte Posten liegt hier im Bereich der Wärme-Kraft-Kopplung und der Fernwärmeversorgung in Ballungsgebieten. Der Investi-

tionsbedarf auf diesem Gebiet hat nicht nur ein sehr beachtliches Volumen, er muß darüber hinaus sehr langfristig geplant werden. Die Absicherung über eine staatliche Energiepolitik ist eine Mindestforderung.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Politik zur Energieeinsparung sind durchaus positiv zu bewerten. Das Investitionsvolumen zur Energieeinsparung ist noch relativ niedrig. Ins Gewicht fallende Investitionen im Fernwärmebereich stehen noch aus.

33. Die Energie- und Wärmeversorgung durch fossile Brennstoffe muß auch die Substitution von Mineralöl durch Kohle miteinbeziehen. Vor diesem Hintergrund haben sich die zunächst fragwürdig erscheinenden Subventionen für den Kohlebergbau nachträglich als gerechtfertigt erwiesen. Auch in diesem Bereich ist freilich nicht nur eine langfristige staatliche Absicherung des heimischen Steinkohlebergbaus notwendig; erforderlich ist auch der Abschluß langfristiger Lieferverträge für Importkohle. Gleichzeitig ergibt sich hier ein komplementärer Investitionsbedarf in der damit verbundenen Infrastruktur (Häfen, Transport, Kohlekraftwerke).

#### **Verkehrspolitik**

34. Mit Hilfe von Subventionen an die Bundesbahn und den öffentlichen Personennahverkehr ist ein öffentliches Verkehrsangebot zur Versorgung aller Regionen und aller Bevölkerungsschichten sichergestellt worden. Diese Politik sollte auch in Zukunft fortgesetzt werden, zumal damit auch die Option offengehalten wird, die Expansion des Individualverkehrs in Zukunft zu bremsen, was aus energie- und umweltpolitischen Gründen gerade in Ballungsgebieten notwendig werden könnte.

#### **Agrarpolitik**

35. Anders steht es mit den Interventionen im Agrarbereich. Angesichts der Verfehlung des Allokationszieles, die sich in einer permanenten Überproduktion zeigt, können derartige Maßnahmen nur noch verteilungspolitisch begründet werden. Diesen Gesichtspunkten ist jedoch nicht ausreichend Rechnung getragen worden. Im Ergebnis erreichen die Subven-

tionen nicht eine gleichmäßigere Einkommensverteilung innerhalb der Landwirtschaft. Sie führen zu Transfers, die verteilungspolitisch nicht zu rechtfertigen sind. Eine Umgestaltung der Subventionierung des Agrarbereichs unter Allokations- und Verteilungsgesichtspunkten ist notwendig; dabei dürfte auch eine wesentliche Reduzierung des Einsatzes öffentlicher Mittel möglich sein.

#### **Technologiepolitik**

36. Auch wenn die Wettbewerbsposition der deutschen Volkswirtschaft international nach wie vor gut ist, können Verschlechterungen nicht übersehen werden. Sektorale Interventionspolitik hat bisher den Strukturwandel häufiger aufgehalten als gefördert. An dieser Stelle ist ein Wandel in Richtung hin zu einer zielgerechten Technologiepolitik notwendig.

37. Die Technologiepolitik muß einerseits an den erkennbaren Engpaßbereichen, andererseits an der allgemeinen Förderung technischer Innovationen ansetzen. Es ist daher eine gemischte Strategie notwendig. Die Technologiepolitik der letzten Jahre entspricht im wesentlichen dieser Forderung, auch wenn an einzelnen Stellen Verbesserungen notwendig sind.

38. Die Orientierung der Forschungs- und Technologiepolitik an Engpaßbereichen geht von der Erkenntnis aus, daß es eine ganze Anzahl zu fördernder Wachstumsfelder gibt, die Voraussetzungen zur Verbesserung der Angebotsbedingungen in der Wirtschaft und der Schonung von Ressourcen und Umwelt sind. An vielen Stellen liegen hier Komplementaritäten zu privaten Investitionen vor.

39. Auch wenn die Erfahrungen anderer Länder mit einer interventionistischen Innovationspolitik — es sei nur an die Beispiele Frankreich und Japan erinnert — positiv sind, sollte sich die Innovationspolitik in der Bundesrepublik nicht nur auf die Innovationsprioritäten der Verwaltung verlassen. Im Rahmen einer gemischten Strategie ist es daher notwendig, auch Aufwendungen der Unternehmen für Forschung und Entwicklung zu begünstigen. Erste Schritte sind hier mit den Personalkostenzuschüssen begangen worden. Erfahrungen, die eine abschließende Beurteilung erlauben, liegen freilich noch nicht vor.

## DDR-Wirtschaft im Strukturwandel

### Zur Lage der DDR-Wirtschaft an der Jahreswende 1980/1981

1980 wurde in der DDR eine Fünfjahrplanperiode beendet, deren Wachstumsziele zum Teil schon zu Beginn nicht mit den Realitäten übereinstimmten. Preissteigerungen auf dem Weltmarkt und im Inland, Veränderungen in der Wirtschafts- und Strukturpolitik kennzeichneten die Entwicklung in diesen fünf Jahren. Insgesamt ist das Wachstum bei tendenziell eher fallenden Raten geringer gewesen, als es in den Plänen konzipiert worden war.

#### Die Entwicklung im Jahr 1980

Der Bericht der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Durchführung des *Volkswirtschaftsplans* 1980<sup>1</sup> zeigt (Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH):

	Plan		Ist
	1980	1. Hj. 1980	Jahr 1980
Produziertes			
Nationaleinkommen	4,8	5	4,2
Industrielle			
Warenproduktion	4,7	5,9	4,7
Einzelhandelsumsatz	4,0	5,7	4,3
Investitionen	0	-2	2

Die Planung hatte für 1980 eine Zuwachsrate des produzierten Nationaleinkommens von 4,8 vH und der industriellen Warenproduktion von 4,7 vH vorgesehen<sup>2</sup>. Dies war durchaus realisierbar, zumal wenn man in Betracht zieht, daß die Basis im Jahr 1979 durch extreme Witterungsbedingungen reduziert worden war.

Im ersten Halbjahr waren denn auch die Wachstumsraten wegen der gedrückten Vorjahresergebnisse besonders hoch. Aus der für das ganze Jahr veröffentlichten Zuwachsrate läßt sich errechnen, daß der gesamtwirtschaftliche Zuwachs von 5 vH im ersten Halbjahr auf rund 3,5 vH im zweiten Halbjahr zurückgefallen ist.

Bei der industriellen Entwicklung sind die basisbedingten Unterschiede zwischen dem ersten und dem zweiten Halbjahr besonders auffällig. Im ersten Halbjahr ist die industrielle Warenproduktion der Volkswirtschaft noch um 5,9 vH gestiegen, für das ganze Jahr wird eine Steigerung von 4,7 vH gemeldet; das zweite Halbjahr brachte also nur eine Zunahme von 3,5 vH.

Im Planerfüllungsbericht wird betont, daß die Planauflagen der industriellen Warenproduktion um einen Prozentpunkt überboten worden sind. Nun ist allerdings die Wachstumsrate von Plan und Ist mit jeweils 4,7 vH völlig identisch. So dürfte also auch 1980 der ursprüngliche Planansatz zurückgenommen worden sein. In dieser Hinsicht hat sich in der DDR offenbar schon ein festes Ablaufschema herausgebildet: Hohe

Ziele sollen zunächst Reserven mobilisieren helfen, eine Reduzierung soll die Betriebe in die Lage versetzen, ihre betrieblichen Fonds nach „Erfüllung und Übererfüllung“ ausreichend zu dotieren.

Genauere Prozentsätze für die Übererfüllung werden für alle Industriezweige angegeben, ohne die zugrunde liegenden Plandaten sind sie jedoch wenig aussagekräftig. Für die industrielle Warenproduktion nach Bereichen gibt es jetzt wieder monatliche Berichte, der letzte Berichtsmonat ist Oktober. Danach hat der Bereich Elektrotechnik, Elektronik und Gerätebau, der nun schon seit längerem besonders gefördert wird, mit einem Zuwachs von 10 vH seine weit überdurchschnittliche Expansion auch 1980 fortgesetzt. Hier ist vermutlich der Planansatz wirklich übertroffen worden. Die übrigen Bereiche haben derartige Raten bei weitem nicht erreicht; so lag der Maschinen- und Fahrzeugbau mit einem Zuwachs von 6 vH eher etwas unter den Planansätzen.

Seit März 1980 zählen zu den grundlegenden Kennziffern der Planung, Abrechnung und Leistungsbeurteilung neben der „industriellen Warenproduktion“ die „Nettoproduktion“ und die „Grundmaterialkosten je 100 Mark Warenproduktion“. Der Planerfüllungsbericht verweist trotz der kurzen Laufzeit dieser Regelungen bereits auf Erfolge der neuen Leistungsbemessung. Der spezifische Verbrauch an Rohstoffen und Energieträgern ist weiter reduziert worden.

Bei den stark witterungsabhängigen Bereichen Bau- und Verkehrswesen waren die Voraussetzungen für die Produktionsentwicklung wegen der normalen Witterungsverhältnisse in diesem Jahr günstig. Ein besonders gutes Ergebnis wurde im Wohnungsbau erzielt: Mit fast 170 000 Wohnungen — davon 120 000 neugebaut und fast 50 000 modernisiert — wurden die Planziele überschritten. Auch für die anderen Baubereiche gibt es Erfolgsmeldungen, allerdings ist hier die statistische Berichterstattung etwas undurchsichtig; es werden ständig andere Abgrenzungen und andere Meßziffern verwendet. Im Verkehrswesen wurden 1980 kaum Engpässe gemel-

<sup>1</sup> Neues Deutschland vom 17./18. Januar 1981.

<sup>2</sup> Dabei ist ungeklärt, warum die Zuwachsrate für die Industrie nicht — wie üblich — höher als die gesamtwirtschaftliche Rate ist.

**Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in der DDR**  
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

	1976	1977	1978	1979	1980		1981
	Ist				Plan	Ist	Plan
Produziertes Nationaleinkommen	3,6	5,2	3,6	3,7	4,8	4,2	5,0
<b>INDUSTRIE</b>							
Nettoproduktion	5,9	4,5	4,6	4,4	.	5,5	.
Industrielle Warenproduktion <sup>1)</sup>	5,9	4,6	5,0	4,8	4,7	4,7	5,0
darunter: Industrieministerien	6,6	4,8	5,4	5,3	5,4	5,4	5,8
Arbeitsproduktivität <sup>2)</sup>	5,6	4,5	4,3	4,1	4,5 <sup>11)</sup>	5,1 <sup>11)</sup>	5,0 <sup>11)</sup>
<b>BAUWIRTSCHAFT</b>							
Produktion des Bauwesens <sup>3)</sup>	7,2	5,4	3,8	0,6	5,3 <sup>12)</sup>	.	3,8 <sup>12)</sup>
Fertiggestellte Wohnungen	150,6	162,7	167,8	162,7	163,0	169,2	174,5
davon: im Neubau	103,1	106,8	111,9	117,4	116,1	120,2	117,0
durch Modernisierung	47,5	55,9	55,9	45,4	46,9	49,0	57,5
<b>LANDWIRTSCHAFT</b>							
Brutto-Bodenproduktion <sup>4)</sup>	- 12,2	28,7	- 2,0	- 0,7	.	2	.
Tierische Marktproduktion <sup>5)</sup>	- 0,6	- 1,8	2,9	- 0,0	0,8 <sup>13)</sup>	2,5	- 5,6 <sup>13)</sup>
Viehbestand <sup>6)</sup>	- 1,0	1,8	0,2	1,2	.	2,9	.
<b>VERKEHR</b>							
Gütertransportmenge <sup>7)</sup>	10,3	4,5	2,8	- 0,8	5,0 <sup>14)</sup>	0,6	.
<b>BINNENHANDEL</b>							
Einzelhandelsumsatz, gesamt <sup>8)</sup>	4,6	4,4	3,4	3,5	4,0	4,3	4,0
davon: Nahrungs- und Genußmittel	3,5	4,0	3,4	2,8	3,4	2,9	3,3
Industriewaren	5,8	4,8	3,4	4,2	4,7	5,8	4,6
<b>AUSSENHANDEL<sup>9)</sup></b>							
Umsatz, gesamt	14,9	7,3	5,6	12,3	12,0	10,0	16,0
davon: Einfuhr	16,9	8,7	1,7	11,3	.	.	.
Ausfuhr	12,6	5,8	10,3	13,5	.	.	.
<b>INVESTITIONEN, gesamt<sup>10)</sup></b>	8,4	6,7	2,9	0,4	0,0 <sup>15)</sup>	2	.
darunter: Industrie	8,3	6,9	5,4	2,5	2,4 <sup>15)</sup> 16)	4	2,5 <sup>16)</sup>
<b>NETTOGELDEINNAHMEN der Bevölkerung</b>	4,0	5,5	3,6	2,8	4,0	2,8	4,0

1) Ergebnisse aus den Planerfüllungsberichten.-2) Errechnet aus Index der Bruttoproduktion je Arbeiter und Angestellten.-3) Errechnet aus Index der Produktion des Bauwesens im Bereich des Ministeriums für Bauwesen.-4) Gesamtheit der pflanzlichen Produktion umgerechnet in Getreide-Einheiten (GE).-5) Staatliches Aufkommen tierischer Erzeugnisse (ohne Honig, Wolle und Viehbestandsänderungen) umgerechnet in GE.-6) Stichtag: 20. November; umgerechnet in Großvieh-Einheiten.-7) Ohne Seeschifffahrt, Rohrleitungen sowie zivile Luftfahrt.-8) Jeweilige Preise.-9) Laufende Preise; einschließlich innerdeutscher Handel.-10) Einschließlich Investitionsbeteiligungen im RGW.-11) Im Bereich der Industrieministerien.-12) Bauproduktion im Bereich des Ministeriums für Bauwesen.-13) Mengenmäßige Planung.-14) Einschließlich Rohrleitungen und zivile Luftfahrt.-15) Materielle Investitionen.-16) Im Bereich der Industrieministerien.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1979; Statistisches Taschenbuch der DDR 1980; Volkswirtschaftspläne (zuletzt: GB1. der DDR, Teil I/1979, S. 457 ff. sowie I/1980, S. 353 ff.); Planerfüllungsberichte (zuletzt: Neues Deutschland vom 17.1.1980, S. 3f. sowie vom 17./18.1.1981, S.3 f); Berechnungen und Schätzungen des DIW.

det. Die als Energiesparmaßnahme geplante Verlagerung der Gütertransporte von der Straße auf die Eisenbahn und die Binnenschifffahrt wurde vorange-  
trieben.

Die Investitionstätigkeit war gekennzeichnet von zunehmender Kontrolle. Als Konsequenz der Beschlüsse über die Erhöhung der Effektivität der Investitionen<sup>3</sup> ist im Plan 1980 die Zahl der ursprünglich vorgesehenen neuen Investitionsvorhaben in der Industrie um 200 auf 250 vermindert worden. Die Investitionen in der Volkswirtschaft sollten stagnieren, die Investitionen in der Zuständigkeit der Industrieministerien nur um 2 vH zunehmen. Diese Raten

sind indes überschritten worden (gesamte Volkswirtschaft: + 2 vH, Industrieministerien: + 4 vH)<sup>4</sup>.

Auf dem Gebiet von Einkommen und Versorgung zeigten sich unterschiedliche Tendenzen. Die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung stiegen um knapp 3 vH; einen großen Anteil an der Zunahme hatten die Renten. Am 1. 12. 1979 ist eine Rentenerhöhung in Kraft getreten, die einen durchschnittlichen Anstieg

<sup>3</sup> Neues Deutschland vom 10./11. November 1979, S. 3.

<sup>4</sup> Das im Planerfüllungsbericht angegebene Investitionsvolumen von 56 Mrd. Mark entspricht dieser Zuwachsrates allerdings nicht, möglicherweise bezieht sich der Betrag auf die neue Preisbasis 1980.

**Industrielle Warenproduktion<sup>1)</sup>**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	1971 <sup>2)</sup> 1975 <sup>2)</sup>	1977	1978	1979	1980 <sup>3)</sup>	1976 <sup>-2)</sup> 1980 <sup>-3)</sup>
Energie- und Brennstoffindustrie	3,1	4,2	5,4	4,6	4,4	4,6
Chemische Industrie	8,3	4,8	5,4	4,0	4,0	4,7
Metallurgie	7,0	4,2	3,9	2,0	4,6	3,8
Baumaterialienindustrie	6,8	4,7	4,2	-1,0	0,6	2,6
Wasserwirtschaft	3,9	3,6	2,9	3,8	2,4	3,3
Maschinen- und Fahrzeugbau	6,6	6,5	5,8	6,1	6,2	5,6
Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau	10,2	8,1	8,5	9,7	10,0	8,7
Leichtindustrie	6,7	4,2	4,8	3,9	4,4	4,2
Textilindustrie	4,7	3,8	4,5	2,6	3,7	3,7
Lebensmittelindustrie	5,9	3,4	3,0	2,8	2,9	2,4
Gesamte Industrie	6,7	4,7	5,1	4,5	5,1	4,7

1) Errechnet aus den monatlichen Index-Angaben. -2) Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs. -3) Januar bis Oktober gegenüber entsprechender Vorjahrszeit.

Quellen: Statistische Praxis; Statistical indicators in short term economic changes in ECE countries. Economic Commission for Europe. Genf.

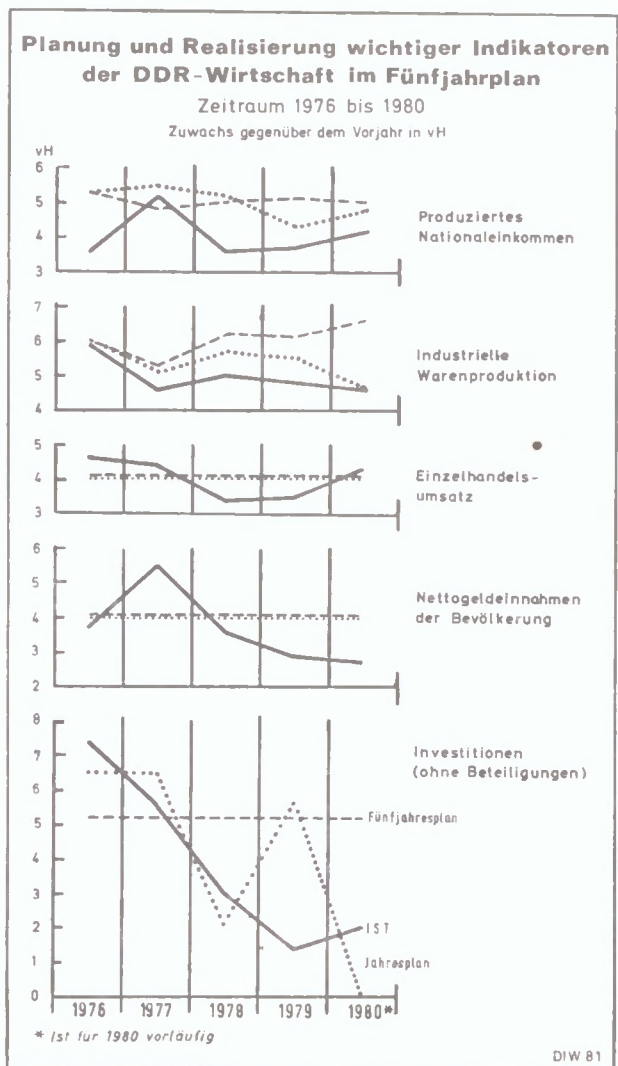
der Renten von 10 vH mit sich brachte. Für die Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten errechnet sich nur eine Zunahme von knapp 2 vH, das ist weniger als im Durchschnitt der vergangenen Jahre.

Für den Einzelhandelsumsatz wird eine Steigerung von 4 vH gemeldet (Industriewaren: 6 vH, Nahrungs- und Genussmittel: 3 vH). Auffallend ist, daß diese Rate höher ist als die Zunahme der Nettogeldeinnahmen. Die Differenz dürfte sich mit einer Verringerung der Zunahme der Spareinlagen erklären. Dabei ist die Erhöhung beim Einzelhandelsumsatz z. T. wohl auch auf Preissteigerungen zurückzuführen. Es ist aber nicht zu verkennen, daß die besonders großen Schwierigkeiten bei der Inlandsversorgung, die in der zweiten Jahreshälfte 1979 festzustellen waren, inzwischen gemildert sind. Klagen über Versorgungsmängel sind immer noch häufig.

**Hauptergebnisse des Fünfjahrplans 1976 bis 1980**

Mit dem Jahr 1980 ist die Fünfjahrplanperiode abgeschlossen. Versucht man, eine vorläufige Bilanz zu ziehen, dann ist zu berücksichtigen, daß die letzten fünf Jahre von Turbulenzen auf dem Weltmarkt gekennzeichnet waren, die für kein außenhandelsabhängiges Land ohne gravierende Auswirkungen geblieben sind. Trotz der veränderten Rahmenbedingungen hat die DDR an ihrem umfangreichen sozialpolitischen Programm festgehalten.

In der abgelaufenen Fünfjahrplanperiode wurden einige wichtige wirtschaftspolitische Beschlüsse durchgeführt:



- die Veränderung der Wirtschaftsorganisation durch die Kombinatbildung mit dem Ziel, die Produktionsorganisation zu verbessern, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu beschleunigen und die Außenhandelstätigkeit besser zu organisieren<sup>5)</sup>;
- planmäßige Preiserhöhungen für Rohstoffe und Fertigerzeugnisse auf der Betriebsebene und die Einführung neuer Preisbildungsmethoden mit dem Ziele, die Betriebe zu rationellerem Einsatz der Produkte zu zwingen<sup>6)</sup>.

Als wichtige wirtschaftspolitische Veränderung wurde der Grundsatz insgesamt konstanter Preise auf der Verbraucherebene aufgegeben. Hinzu kamen

<sup>5)</sup> Vgl. Manfred Melzer, Angela Scherzinger, Cord Schwartau: Wird das Wirtschaftssystem der DDR durch vermehrte Kombinatbildung effizienter? In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Heft 4/1979.

<sup>6)</sup> Vgl.: Außenwirtschaftliche Belastungen mindern Wachstumschancen. Zur Lage der DDR-Wirtschaft an der Jahreswende 1979/80. Bearb.: Doris Cornelsen. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 6/1980.

**Entwicklung wichtiger Indikatoren für die  
Wirtschaftsentwicklung der DDR in den siebziger Jahren**  
1970 bzw. 1975 = 100

	1975	1980	
	gegenüber 1970	Plan	Ist
Produziertes Nationaleinkommen	130	127,9	122
Industrielle Warenproduktion	137	134,0	128
Arbeitsproduktivität in der Industrie	129 <sup>1)</sup>	130,0	126 <sup>1)</sup>
Produktion des Bauwesens <sup>2)</sup>	138	137,2	123 <sup>3)</sup>
Bauproduktion der Volkswirtschaft	132	127,6	121 <sup>3)</sup>
Fertiggestellte Wohn- gen <sup>4)</sup>	609	750	813
davon: im Neubau durch Moderni- sierung	400	550	559
	209	200	254
Erträge der Pflanz- produktion <sup>5)</sup>	107	120	100
Staatliches Aufkommen an Schlachtvieh	138	101 <sup>6)</sup>	102
Milch	118	107 <sup>6)</sup>	104
Eiern	123	100 <sup>6)</sup>	109
Einzelhandelsumsatz	128	121,5	122
davon: Nahrungs- und Genußmittel	119	113 <sup>7)</sup>	118
Industriewaren	139	125 <sup>7)</sup>	127
		128 <sup>7)</sup>	
Export in sozialistische Länder	181	150	160
Investitionen <sup>8)</sup>	135	128	128
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung	127	121,4	119,8

1) Bruttoproduktion je Arbeiter und Angestellten. -2) Im Bereich des Ministeriums für Bauwesen. -3) Schätzung. -4) Gesamtvolumen in 1000 Wohnungen. -5) Veränderung des Gesamtvolumens gegenüber der vorhergehenden Fünfjahr-Periode. -6) Mengemäßige Planung. -7) Warenbereitstellung. -8) Ausschließlich Auslandsbeteiligungen; Veränderungen des Gesamtvolumens 1971-75 gegenüber 1966-70 bzw. 1976-80 gegenüber 1971-75 in vH, vergleichbare Preise.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR; Statistisches Taschenbuch 1980 der DDR; GB1. der DDR, Teil I/1976, Nr. 46; Neues Deutschland vom 15.1.1976, S.3 ff. sowie vom 17./18.1.1981, S. 3 f.; Berechnungen und Schätzungen des DIW.

abweichen. Gleichwohl wird nachdrücklich die Rolle des Fünfjahrplans als Hauptsteuerungsinstrument betont. Daß dies in der abgelaufenen Planperiode nur sehr bedingt der Fall gewesen ist, zeigt ein Vergleich von Plan und Ergebnissen.

Für die Hauptkennziffern *produziertes Nationaleinkommen* und *Industrieproduktion* waren im Fünfjahresplan nicht nur die Zielgrößen, sondern auch eine Aufgliederung nach Jahren vorgezeichnet worden. Daraus ergab sich, daß sich das Wachstum der Industrie im Verlauf der Planperiode etwas beschleunigen sollte. Ein Vergleich von Soll und Ist<sup>7</sup> zeigt ein anderes Bild (Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH):

	1976	1977	1978	1979	1980	1980/ 1976
<b>Produziertes Nationaleinkommen</b>						
Fünfjahrplan	5,3	4,8	5,0	5,1	5,0	127,9
Ist-Ergebnis	3,6	5,2	3,6	3,7	4,2	122,0
<b>Industrielle Warenproduktion</b>						
Fünfjahrplan	6,0	5,3	6,2	6,1	6,6	134,0
Ist-Ergebnis	5,9	4,6	5,0	4,8	4,7	127,6

Es wurde zwar ein auch international beachtliches Wachstum erreicht, die Ziele des Fünfjahrplans sind aber nicht erfüllt worden.

Insbesondere konnte die Wachstumsbeschleunigung in der *Industrie* im Verlauf der Fünfjahrplanperiode nicht durchgesetzt werden, vielmehr war eine Abschwächung in den Zuwachsraten zu verzeichnen. Dahinter stehen allerdings gravierende Veränderungen: Arbeitszeitverkürzungen und Urlaubsverlängerungen aufgrund des sozialpolitischen Programms, organisatorische Umstellungen im Zuge der Kombinatbildung und strukturelle Verschiebungen, die zur Zeit der Planaufstellung noch nicht erkannt worden sind.

So ist weder in der Direktive zum Fünfjahrplan noch im verabschiedeten Fünfjahrplandtext der Begriff „Mikroelektronik“ aufgetaucht. Erst 1977, mit dem Beschluß der 6. Tagung des Zentralkomitees der SED, wurde die volkswirtschaftliche Bedeutung der Mikroelektronik und die Beschleunigung des Entwicklungstempos in diesem Industriebereich festgelegt. Die Elektrotechnik wurde zum Schwerpunkt der Kombinatbildung, Forschungsstätten wurden geschaffen, Beschäftigte und Investitionen bereitgestellt. Seitdem ist die Elektrotechnik Spitzenreiter der Entwicklung, die Fünfjahrplanziele sind hier — wenn auch sicher mit anderer Struktur als ursprünglich konzipiert — übertroffen worden. Das Gegenbei-

<sup>7</sup> 1977 ist die statistische Berichterstattung über das Nationaleinkommen und die einzelnen Aggregate auf die Preisbasis 1975 umgestellt worden. Die absoluten Zahlen sind deshalb nicht mehr vergleichbar.

zahlreiche administrative Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungsmessung, zur Ergänzung des Kennziffersystems, zur Kontrolle der Investitionen, zur Sparsamkeit beim Energieverbrauch und zur Anpassung der Materialverbrauchsnormen. Auch für die strukturelle Entwicklung der Gesamtwirtschaft sind Konsequenzen gezogen worden. Viele Ziele des Fünfjahrplans sind damit — zum Teil schon zu Beginn der Planperiode — von den Ereignissen überrollt worden.

Nun hieße es allerdings, die prognostischen Fähigkeiten der Planer zu überschätzen, wenn man in einem Plan über eine Zeitspanne von fünf Jahren hinweg mehr sähe als eine Konzeption auf der Basis des zur Zeit der Ausarbeitung vorhandenen Wissens. Auch nach den Planungsregeln der DDR wird unter bestimmten Bedingungen zugelassen, daß die Jahrespäne von den Grundlinien des Fünfjahrplans

spiel ist die chemische Industrie. Die Verteuerung des Erdöls und die darauf folgende Renaissance der heimischen Rohstoffe führte hier ebenfalls zu Strukturveränderungen, im Endergebnis zu einem reduzierten Wachstum.

Insgesamt ist der Rückstand bei der industriellen Warenproduktion etwas größer als bei der Arbeitsproduktivität. Dies läßt nur den Schluß zu, daß die Industrie einen geringeren Beschäftigtenzuwachs hatte als ursprünglich veranschlagt.

In der *Landwirtschaft* wurden die Produktionsziele des Fünfjahrplans in der Pflanzenproduktion deutlich verfehlt. Der gesamte Ertrag in den Jahren 1976 bis 1980 lag unter dem Ergebnis der letzten fünf Jahre, der Fünfjahrplan hatte dagegen eine zwanzigprozentige Steigerung vorgesehen. Ein Grund dafür war sicher das besonders schlechte Erntejahr 1976. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß darüber hinaus die großen Betriebseinheiten in der Pflanzenproduktion nicht den von der Wirtschaftsführung erwarteten Produktionserfolg gebracht haben. Insbesondere wird auf den schlechten Zustand der Böden hingewiesen.

Günstiger dagegen war die Ertragsentwicklung in der Tierproduktion; die Fünfjahrplanziele wurden zum Teil sogar überboten. Zurückzuführen ist das einmal auf hohe Futtermittelimporte und zum anderen auf eine bessere Futtermittelverwertung. Die insgesamt nicht befriedigende Entwicklung der Landwirtschaft hat dazu geführt, daß 1980 einige Änderungen in der Preisstruktur und der Subventionierung beschlossen wurden<sup>8</sup>. Weitere Veränderungen werden erwartet.

Das gesamte *Investitionsvolumen* (Preisbasis 1967) sollte im Fünfjahrplanzeitraum 1976 bis 1980 242 Mrd. Mark betragen, davon 8 Mrd. M in Form von Beteiligungen an gemeinsamen Investitionsvorhaben in der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern.

Die Investitionstätigkeit stieg zu Beginn des Fünfjahrplanzeitraums rasch an, offenbar aber nicht im Einklang mit der Planung. Schon im Frühjahr 1978 wurden Investitionen außerhalb des Plans „in Milliardenhöhe“ beklagt. Gleichzeitig führte die Zersplitterung auf zu viele Objekte insbesondere bei der Bauwirtschaft dazu, daß zahlreiche Investitionen unfertig geblieben sind. Hinzu kam, daß die Effizienz der Investitionen zum Teil nicht den Vorstellungen der Planer entsprochen hat: Ständig wurde darauf hingewiesen, daß durch Investitionen mehr Arbeitsplätze eingerichtet als eingespart werden, während der Fünfjahrplan das Gegenteil gefordert hatte. Auf dem Hintergrund der Knappheit an Arbeitskräften und an Ressourcen überhaupt wurde im Verlauf der Fünfjahrplanperiode eine ganze Reihe administrativer Maßnahmen für die Investitionstätigkeit erlassen, bis zur Überprüfung aller Investitionsvorhaben „Objekt für Objekt“. 1979 und 1980 ist die Investitionstätig-

keit nur noch geringfügig gestiegen; insgesamt wurde zwar das im Fünfjahrplan festgelegte Volumen erreicht, die Struktur dürfte aber deutlich anders aussehen.

Im Gegensatz zu der verschärften Kontrolle steht der Handlungsspielraum, den man den Betrieben unter dem Rubrum „Eigenbau von Rationalisierungsmitteln“ eingeräumt hat. 16 vH der Ausrüstungsinvestitionen in der Industrie werden inzwischen auf diese Weise hergestellt; 1975 hatten sie erst einen Anteil von 6 vH. Unter dem Gesichtspunkt einer stark arbeitsteiligen Wirtschaft ist dieser Weg nicht sehr effizient, wenngleich nicht übersehen werden kann, daß damit Engpässe entschärft werden.

Völlig unverändert blieben die Grundsätze für das *Wohnungsbauprogramm*. Trotz der Knappheit der Ressourcen wurde in diesem Bereich die mittelfristige Planung unbeirrt durchgeführt. Mit 813 000 Wohnungen wurde der Plan (750 000) sowohl bei den Neubauten als auch bei den Modernisierungen übertraffen<sup>9</sup>.

**Ausgewählte Daten zum Wohnungsbau der DDR**

	Fertiggestellte Wohnungen				
	insgesamt	durch Modernisierung 1)	im Neubau		
			gesamt	im Montagetagebau	als Eigenheim
in 1000			Anteile in vH		
1966-70	364,0	67,3	296,7	90,8	.
1971-75	608,7	209,1	399,6	83,3	7,7
1976-80 <sup>2)</sup>	750,0	200,0	550,0	.	10,0
1976	150,6	47,5	103,1	82,6	10,8
1977	162,7	55,9	106,8	83,6	11,0
1978	167,8	55,9	111,9	84,6	10,6
1979	162,7	45,4	117,4	.	10,8
1980	169,2	49,0	120,2	.	10,8
1976-80	813,1	253,7	559,4	.	10,8
1981 <sup>3)</sup>	174,5	57,5	117,0	.	10,9

1)Einschl. Um- und Ausbau.-2)Fünfjahrplan.-3)Volkswirtschaftsplan 1981.  
 Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1979, S. 143; Statistisches Taschenbuch der DDR 1980, S. 54; GB1. der DDR, Teil I/1976, S. 528 und I/1980, S. 356, sowie Neues Deutschland vom 17.1.1980, S. 4 und vom 17./18.1.1981, S.4.

Für die übrige *Bauwirtschaft* sind ähnliche Erfolge nicht zu melden. Vielmehr ist Tatsache, daß die technische Ausstattung und die Prinzipien der Leistungsbewertung in der Bauwirtschaft seit langem zu

<sup>8</sup> Vgl. Bauern-Echo vom 6. Juni 1980.

<sup>9</sup> Es ist allerdings zu erwähnen, daß auf dem IX. Parteitag der SED im Jahre 1976 der FDGB die Verpflichtung übernommen hatte, über die geplante Zahl von 750 000 Wohnungen hinaus weitere 100 000 Wohnungen zu bauen.

**Ausgewählte Daten zur Entwicklung von Einkommen und Verbrauch**

	1975	1976	1977	1978	1979 <sup>3)</sup>	1980 <sup>3)</sup>	Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs in vH
	in Mrd. Mark						1980 gegenüber 1975
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung <sup>1)</sup>	99,8	104,0	109,7	113,5	116,7	120,1	3,8
davon: Nettolöhne und -gehälter	63,9	67,0	69,9	73,0	75,6	76,8	3,7
(je Arbeitnehmer in Mark)	(8 020)	(8 310)	(8 590)	(8 880)	(9 135)	(9 205)	2,6
Renten <sup>2)</sup>	12,5	12,7	14,3	14,3	14,4	15,8	4,8
Sonstige Einnahmen	23,4	24,3	25,5	26,2	26,7	27,5	3,3
Spareinlagenzuwachs gegenüber dem Vorjahr	5,1	4,9	5,9	6,0	4,9	.	.
Einzelhandelsumsatz, insges.	81,9	85,7	89,4	92,5	95,7	99,9	4,1

1) Ohne Beiträge zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung.-2) Renten der Sozialversicherung und aus dem Staatshaushalt.-  
3) Vorläufig.

Quellen: Statistisches Taschenbuch der DDR 1980, S. 89, sowie Schätzungen und Berechnungen des DIW.

Abweichungen der realisierten von den geplanten Entwicklungslinien führen: Für die Hersteller ist in Durchführung und Abrechnung ein Neubau immer günstiger als eine Rekonstruktion. Im Sinn der Wirtschaftsführung ist es dagegen rationeller, vorhandene Bauten zu modernisieren, weil nach überschlägigen Schätzungen der Bauaufwand gegenüber dem Neubau um 20 bis 25 vH niedriger ist. Der Widerstreit zwischen gesamtwirtschaftlichen und betrieblichen Interessen wurde bisher noch nicht gelöst. Die schärfere Kontrolle der Bauvorhaben hat lediglich dazu geführt, daß Produktion und Produktivität in der Bauwirtschaft unter den mittelfristigen Zielen geblieben sind.

Ein besonderer Akzent wurde im Rahmen der Fünfjahrplanung auf die „Materialökonomie“ gelegt, nämlich auf die Senkung des Aufwands an volkswirtschaftlich wichtigen Rohstoffen und Energieträgern, und dies, bevor das ganze Ausmaß des Preisanstiegs auf dem Weltmarkt erkennbar gewesen ist. Der Fünfjahrplan wiederholte hier die bereits früher bekannten Formulierungen („Sparsamkeit als Prinzip sozialistischen Wirtschaftens“) und fordert eine Reduzierung des zu hohen spezifischen Material- und Energieverbrauchs. So sollte der spezifische Verbrauch von Gebrauchsenegie in der Industrie um 5 vH pro Jahr gesenkt werden, hohe Ziele wurden auch für die Einsparung von Walzstahl, NE-Metallen und Zement festgelegt. Die Erfolgsmeldungen in dieser Hinsicht sind beachtlich, allerdings kaum nachzuprüfen. Für die Gesamtwirtschaft gilt, daß der Zuwachs des Nationalprodukts seit 1975 – im jährlichen Durchschnitt knapp 4 vH – mit einem Mehrverbrauch an Energie von jährlich 2,3 vH verbunden war; der spezifische Energieverbrauch der Volkswirtschaft ist mithin um 1,6 vH jährlich gesunken.

Im Bereich von *Arbeitsbedingungen, Einkommen und Versorgung* der Bevölkerung hat sich in der Fünfjahrplanperiode einiges verändert. Für einige Beschäftigtengruppen wurde die wöchentliche Arbeitszeit (im Regelfall 43 3/4 Stunden) verringert, die Zahl der Urlaubstage wurde um drei und mehr Tage erhöht<sup>10</sup>.

Spezielle Programme zur Unterstützung der berufstätigen Mütter und der Familien mit Kindern wurden durchgeführt<sup>11</sup>. Zweimal in diesem Planjahrünft (Ende 1976 und Ende 1979) gab es eine Anhebung der Bestandsrenten um 10 vH und mehr.

Die Entwicklung der Arbeitseinkommen ist dagegen in der betrachteten Zeit schwächer geworden. Zunächst hat sich bei den Nettolöhnen und -gehältern die bisherige Entwicklung fortgesetzt, gegen Ende der Planperiode ergab sich jedoch eine Verlangsamung. Insgesamt ist das Pro-Kopf-Einkommen im Jahresdurchschnitt nur um 3 vH und damit etwas schwächer als in den Vorjahren gestiegen.

Der gesamte Fünfjahrplanzeitraum war gekennzeichnet von Verknappung im Inlandsangebot. Die Fortschritte bei der Verbesserung des Angebots an Industriewaren sind geringer geworden (jährlicher Zuwachs in vH):

<sup>10</sup> Vgl. Gemeinsamer Beschluß des Zentralkomitees der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über die weitere planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Zeitraum 1976–1980 vom 27. Mai 1976. In: Neues Deutschland vom 29./30. Mai 1976.

<sup>11</sup> Heinz Vortmann: Geburtenzunahme in der DDR – Folge des „Babyjahrs“. Geburtenentwicklung und Familienförderung in der DDR. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Heft 3/1978.

Einzelhandels- umsatz,	1971 bis 1975	1976	1977	1978	1979	1980
insgesamt	5,0	4,6	4,4	3,4	3,5	4,3
Nahrungs- und Genußmittel	3,5	3,5	4,0	3,4	2,8	2,9
Industriewaren	6,8	5,8	4,8	3,4	4,2	5,8

Im Herbst 1977 wurde die beschleunigte Einrichtung von Exquisit- und Delikatläden angekündigt, in denen Importwaren und hochwertige Waren aus der Inlandsproduktion zu erheblich höheren Preisen verkauft werden. Ende 1978 wurde mitgeteilt, daß diese Läden einen Umsatz von 1,485 Mrd. M erreicht hatten, das waren damals 1,6 vH des gesamten Einzelhandelsumsatzes. Inzwischen dürfte sich dieser Anteil mehr als verdoppelt haben. Nachdem im Zuge der neuen Preispolitik konstante Preise nur noch für Waren des Grundbedarfs gelten, gibt es Preiserhöhungen für höherwertige Güter auch im normalen Angebot. Nach offiziellen Angaben hat der im Preis konstante Grundbedarf immer noch einen Anteil von 80 vH des Warenfonds, gleichwohl ist die Zunahme beim Einzelhandelsumsatz in den letzten beiden Jahren erheblich von Preissteigerungen geprägt.

Die Knappheit an Gütern hat die schlechte Organisation des Verteilungsapparats wieder einmal deutlich gemacht. Schlechter als die von der Produktion her mögliche Versorgung ist die regionale und zeitliche Verteilung. Tatsächlich ist festzustellen, daß auch in diesem Planjahrünft – zwar langsamer und unter größeren Reibungsverlusten – die Verbesserung im Lebensstandard der Bevölkerung weitergegangen ist. Der Pro-Kopf-Verbrauch an wichtigen Nahrungsmitteln entspricht nahezu dem in der Bundesrepublik Deutschland; die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Verbrauchsgütern hat sich sukzessive verbessert.

Die steigenden Käufe gingen einher mit einer immer höheren Subventionierung aus dem *Staatshaushalt*. Der Fünfjahrplan hatte vorgesehen, die „Leistungen des Staates aus gesellschaftlichen Fonds“, also die Mittel für das Wohnungswesen, zur Subventionierung der Preise sowie für Gesundheit, Bildung usw. im ganzen Zeitraum 1976 bis 1980 auf rund 210 Mrd. Mark zu erhöhen. Tatsächlich wurden 234 Mrd. Mark dafür verwendet, und zwar im wesentlichen aufgrund der steigenden Aufwendungen für die Wohnungswirtschaft und die Preissubventionierung. Struktur und Entwicklung des Staatshaushalts wurden damit erheblich verändert<sup>12</sup>. Eine weitere beträchtliche Zunahme der Subventionierung wird für 1981 erwartet. Am 1. Januar 1981 traten wieder zahlreiche planmäßige Preiserhöhungen für Energie, aber auch für Fertigerzeugnisse in Kraft<sup>13</sup>; als Konsequenz wurde im Haushaltsplan der Aufwand

zur Aufrechterhaltung fester Verbraucherpreise um 20 vH erhöht.

Der *Außenhandel* wurde in den veröffentlichten Dokumenten zum Fünfjahrplan nur knapp behandelt, es war jedoch deutlich, daß der Export stärker steigen sollte als der Import. Die statistische Berichterstattung über die abgelaufenen fünf Jahre ist noch dürftiger. Eine Schätzung anhand der Partnerlandangaben zeigt die großen Anstrengungen in den letzten Jahren: Einfuhr und Ausfuhr sind 1979 gegenüber 1975 nominal in ungefähr dem gleichen Umfang gestiegen, das bedeutet real eine erheblich stärkere Steigerung der Exporte als der Importe. Eine Verbesserung der Außenhandelsituation ist damit allerdings nicht eingetreten: Es gab Defizite in der Handelsbilanz wie nie zuvor in der Geschichte der DDR. Der Einfuhrüberschuß, der 1975 insgesamt 4,2 Mrd. VM betragen hatte, erreichte 1977 mit 8,0 Mrd. VM seinen bisherigen Höchststand; für 1979 ist er auf 4 Mrd. VM zu veranschlagen. Die kumulierten Handelsbilanzdefizite in der Fünfjahrplanperiode belaufen sich auf mehr als 25 Mrd. VM. Der neue Fünfjahrplan wird also mit einer großen Hypothek belastet.

#### Plan 1981: Muster für den Fünfjahrplan?

Der Fünfjahrplan 1981 bis 1985 wird vom X. Parteitag der SED im April festgelegt werden. Bisher ist noch kein Entwurf veröffentlicht worden. In einer Direktive zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplans 1981<sup>14</sup> heißt es, daß durch anspruchsvolle Aufgabenstellungen die Grundlagen für die gesamte Fünfjahrplanperiode geschaffen werden sollen.

Grundlinien des Volkswirtschaftsplans für 1981 sind:

- Wachstum des produzierten Nationaleinkommens und der industriellen Warenproduktion um 5 vH;
- Steigerung der Investitionen der Industrie im Bereich der Industrieministerien um 2,5 vH; über die Investitionen der gesamten Volkswirtschaft wurde keine Planzuwachsrate veröffentlicht;
- Zunahme der Nettogeldeinnahmen und des Einzelhandelsumsatzes um jeweils 4 vH;
- Erhöhung des Außenhandelsumsatzes um 16 vH.

Mit dieser Planung hebt sich die DDR deutlich ab, nicht nur von den pessimistischen Prognosen über die weitere ökonomische Entwicklung in der west-

<sup>12</sup> Vgl.: Subventionen kontra Investitionen – das Dilemma des Staatshaushalts der DDR. Bearb.: Maria Elisabeth Ruban und Heinz Vortmann. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 33/1980.

<sup>13</sup> Vgl. hierzu die Anlage zur Anordnung über die Zuordnung zu Abnehmerbereichen der Anordnungen, die im Rahmen planmäßiger Industriepreisänderungen in Kraft treten. GBl. der DDR. Teil I. Nr. 19/1980.

<sup>14</sup> Neues Deutschland vom 8. Juli 1980.

lichen Welt, sondern auch von der Einschätzung der Wachstumsmöglichkeiten in den übrigen RGW-Ländern, die für 1981 bis 1985 eine Verlangsamung angesetzt haben.

Gegen die Verwirklichung dieser Ziele sprechen folgende Gründe:

- die vorgesehene Expansion des Außenhandelsvolumens ist – jedenfalls im Westhandel – nicht realisierbar;
- die geplante Wachstumsrate der Produktion läßt sich ohne eine wesentliche Erneuerung des Produktionsapparats nicht erreichen; hierfür ist aber die vorgesehene Investitionsquote zu niedrig;
- in der Direktive zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplans 1981 wird noch eindringlicher als früher den Werktätigen, ihrer Entschlossenheit und Initiative, eine besondere Rolle zugewiesen. Eine Erhöhung der Leistungsbereitschaft ist aber kaum zu erwarten, wenn die Verbesserung der Versorgung so weit hinter der Produktionszunahme zurückbleibt.

Bei der Festlegung der Planziele für den Außenhandel ist offensichtlich übersehen worden, daß im Jahr 1981 in den wichtigsten westlichen Industrieländern rezessive Tendenzen die Oberhand haben. In dieser Situation ist eher mit einem Rückgang der Westexporte als mit einer erheblichen Expansion zu rechnen. Schon die Aufrechterhaltung des bisherigen Volumens wird – wenn überhaupt – nur durch ins Gewicht fallende Preiszugeständnisse möglich sein. Ohnehin bestehen Zweifel, ob der gesamte Export von Agrarprodukten, Konsumgütern und Grundstoffen bei den gegebenen Produktionskosten überhaupt rentabel ist. Die Wirtschaftsführung der DDR hat selbst wiederholt auf die Überprüfung der „Devisenrentabilität“ hingewiesen. Zumindest für solche exportierten Produkte, zu deren Produktion Rohstoffe

benötigt werden, deren Spitzenbedarf im Westen gedeckt werden muß, ist bei der Bestimmung der Wirtschaftlichkeit auch der Weltmarktpreis und nicht der interne Verrechnungspreis der RGW-Länder in Ansatz zu bringen. Zusätzliche Preiseinbußen bei Forcierung der Westexporte würden die hier liegenden Probleme noch verschärfen.

Wie sich aus der Planungsordnung und dem Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des ZK der SED ergibt, beruht die geplante Wachstumsrate auf einer Strategie, welche die Möglichkeiten moderner Technologie ausschöpfen will. Schwerpunkte sollen sein die Entwicklung der Mikroelektronik, der Robotertechnik, der Veredlungsmetallurgie und der Kohleveredelung. Dies bedeutet eine wesentliche Erneuerung des Produktionsapparates, die sicherlich wünschenswert, aber mit einer tendenziell abnehmenden Investitionsquote nicht zu realisieren ist. Für westliche Länder zumindest kann ein enger Zusammenhang zwischen Produktivitätsfortschritt und Investitionsquote nachgewiesen werden. Darüber hinaus steht die DDR in höherem Maß als die Bundesrepublik vor der Notwendigkeit, Energie zu sparen. Auch dies ist ohne Investitionen erheblichen Umfangs nicht möglich.

Das Zurückbleiben des Lebensstandards hinter dem Wirtschaftswachstum wird die Motivationsprobleme in der erwerbstätigen Bevölkerung verschärfen. Gerade wenn man die „Schöpferkraft der Werktätigen“ so hoch einschätzt, darf man die Bedeutung einer angemessenen Versorgung nicht unterschätzen, insbesondere, weil das geplante Wachstum auch eine höhere individuelle Arbeitsleistung notwendig macht.

Vor diesem Hintergrund ist es mithin mehr als fraglich, ob die Zielvorstellungen für 1981 realisiert werden können. Als Basis für einen konsistenten Fünfjahrplan sind sie jedenfalls ungeeignet.

## Aus den Veröffentlichungen des DIW

### Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von Doris Cornelsen, Heinrich Machowski und Karl-Ernst Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.
- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland.** Von Herbert Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.
- Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.** Von Angela Scherzinger. 212 S. 1977. DM 64,60.
- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.
- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.
- Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots in den Arbeitsmarktregionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.
- Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr. 124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr. 125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr. 126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr. 127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr. 128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr. 129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr. 130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr. 131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr. 132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr. 133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Abschwächung der Wachstumsimpulse.* Bearbeitet vom Arbeitskreis Strukturberichterstattung im DIW. —  
*DDR-Wirtschaft im Strukturwandel.* Bearbeitet von Doris Cornelsen.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit  
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.  
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

— Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —